



## **Thüringen gegen überhöhte Kommunalabgaben e. V.**

Bürgerallianz Thüringen e. V. • Kurhausstraße 6 • 36433 Bad Salzungen

**Ministerpräsident  
Herrn Dieter Althaus  
Regierungsstrasse 73**

**99084 Erfurt**

### ***Offener Brief an den Ministerpräsidenten des Freistaates Thüringen am 16.11.08***

Sehr geehrter Herr Ministerpräsident Althaus,

der Thüringer Innenminister muss sich erklären und entschuldigen!

Mit Empörung haben wir, der Vorstand der Bürgerallianz Thüringen als Dachverband der Thüringer Bürgerinitiativen gegen überhöhte Kommunalabgaben und die Öffentlichkeit zur Kenntnis nehmen müssen, dass der Thüringer Innenminister Manfred Scherer (CDU) während einer mündlichen Verhandlung beim Thüringer Verfassungsgerichtshof am 7. Oktober 2008 behauptet hat, dass 2003/2004 im Zusammenhang mit den öffentlichen Diskussionen zu Kommunalabgabenproblemen in Thüringen „bürgerkriegsähnliche Zustände“ herrschten. Zudem behauptete der Innenminister, dass bei kommunalen Mandatsträgern und Verbandsvorsitzenden Scheiben eingeschmissen und Autos beschädigt wurden.

Auf Antrag des Landtagsabgeordneten Frank Kuschel (DIE LINKE) musste die Landesregierung in der Landtagssitzung am 13. November 2008 eingestehen, dass lediglich zur Demonstration am 9. Dezember 2002 in Königsee zwei Anzeigen erstattet wurden.

In einem Fall wurde dabei das Verfahren eingestellt.

Beim zweiten Verfahren konnte kein Täter ermittelt werden.

Diese Information der Landesregierung belegt, dass die landesweiten Demonstrationen für sozial gerechte Kommunalabgaben grundsätzlich friedlich und ohne Zwischenfälle abgelaufen sind.

Wer wie der Innenminister im Zusammenhang mit diesen friedlichen Demonstrationen von „bürgerkriegsähnlichen“ Zuständen spricht, unterstellt den Bürgerinitiativen strafbare Handlungen. Wer „bürgerkriegsähnliche“ Zustände verursacht, gefährdet die Zukunft der Gesellschaft und handelt somit auch verfassungswidrig.

Der Innenminister unterstellt also den Bürgerinitiativen verfassungswidrige Handlungsweisen.

Die Landesregierung musste aber nun selbst eingestehen, dass diesbezüglich keine Informationen über derartiges Agieren der Bürgerinitiativen vorliegen.

Somit dürfte der Innenminister bewusst die Unwahrheit gesagt haben.

Zudem hat der Innenminister mit seinen wahrheitswidrigen Aussagen das Wirken der Bürgerinitiativen beleidigt und kriminalisiert.

Ein solches Verhalten eines Innenministers kann nicht hingenommen werden.

Ein Innenminister hat einen Diensteid geleistet, an dem er sich messen muss.

Wer Bürger und Bürgerinitiativen zu Unrecht kriminalisiert, ist als Innenminister ungeeignet.

Wir erwarten von Ihnen als Ministerpräsident, dass Sie den Innenminister dazu veranlassen, dass dieser seine Aussagen vom 7. Oktober 2008 beim Thüringer Verfassungsgericht zurücknimmt und sich zudem hierfür bei den Bürgerinitiativen und der Öffentlichkeit entschuldigt.

Sollte sich der Innenminister hinsichtlich der Rücknahme seiner Aussagen und der Entschuldigung verweigern, ist Ihnen dringend die Entlassung des Ministers zu empfehlen.  
Ein Innenminister der lügt und Bürgerproteste wahrheitswidrig kriminalisiert, ist für Thüringen untragbar.

Wir erwarten von unserem Ministerpräsidenten innerhalb von 14 Tagen eine öffentliche Reaktion auf diesen offenen Brief.

Mit freundlichen Grüßen

Peter H a m m e n  
Landesvorsitzender  
Bürgerallianz Thüringen e. V.